

**Wirtschaft für den Unterricht****Schattenwirtschaft**

Schattenwirtschaft in Deutschland S. 2

**Gold**Bundesbank holt Goldreserven  
nach Frankfurt S. 3**Welthandel**

Handelsabkommen in der Diskussion S. 4



Foto: janeb13 / pixabay.com

## Finanzierung

**Crowdfunding in Deutschland**

**Crowdfunding, eine Art Schwarmfinanzierung über das Internet, gibt es seit einigen Jahren auch auf dem deutschen Markt. Gegenwärtig sind die Zahlen leicht rückläufig.**

Der Terminus Crowdfunding ist gesetzlich nicht geregelt. Was genau verbirgt sich also hinter diesem Begriff? Das Crowdfunding ist eine Finanzierungsform, bei der eine Vielzahl von Menschen ein Projekt finanziell unterstützt. In der Praxis sind Crowdfunding-Plattformen und die angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten sehr unterschiedlich ausgestaltet. So gibt es etwa das spendenbasierte Crowdfunding; dabei spendet das Publikum in einem bestimmten Zeitraum für ein konkretes Projekt Geld, ohne hierfür eine Gegenleistung zu erhalten. Beim gegenleistungsbasierten Crowdfunding hingegen erhalten die Geldgeber eine symbolische, nicht-monetäre Gegenleistung wie beispielsweise die Nennung ihres Namens im Abspann eines mitfinanzierten Films oder persönliche Gegenstände des Künstlers, dessen Werk mitfinanziert wurde. Beide Formen werden oft auch unter dem Begriff Crowdsponsoring zusammengefasst.

**Crowdlending und Crowdinvesting**

Da beide Modelle keine Verpflichtung zur Rückzahlung oder Beteiligung am Gewinn des finanziell unterstützten Projektes

vorsehen, unterliegen sie nicht der Erlaubnispflicht. Anders das Crowdinvesting und das Crowdlending: Beim Crowdinvesting erhält der Geldgeber eine Beteiligung an zukünftigen Gewinnen des finanzierten Projekts oder, wenn das Investment mit Wertpapieranlagen verbunden ist, Anteile bzw. Schuldinstrumente. Beim Crowdlending gibt der Kreditnehmer das Versprechen, den Betrag mit oder ohne Zinsen zurückzuzahlen. Crowdfunding-Plattformen und -Projekte lassen sich dabei nicht immer eindeutig einem Modell zuordnen. Im Einzelfall kommt es auf die vertragliche Ausgestaltung des Geschäftsmodells an, nicht dagegen auf dessen Bezeichnung oder die rein formale Zuordnung zu einem der vier Crowdfunding-Modelle.

Crowdfunding wird häufig für Nischenprojekte eingesetzt, also für Projekte, die nur einen kleinen und genau bestimmten Kundenkreis ansprechen. Im Jahr 2016 konnten mit Crowdfunding in Deutschland 9,7 Millionen Euro eingenommen werden, circa 100.000 Euro weniger als im Vorjahr. Erfolgreich finanziert wurden 2016 1.213 Projekte, auch das sind einige weniger als noch 2015. Crowdfunding-Projekte sind für den Investor durchaus mit Risiken behaftet. Für die weitere Entwicklung von Crowdinvesting ist es daher wichtig, ein entsprechendes Bewusstsein zu schaffen.

## Schattenwirtschaft

**Schattenwirtschaft in Deutschland**

In Deutschland lag 2016 der Anteil der Schattenwirtschaft gemessen am BIP bei 10,8 Prozent und damit im Durchschnitt der Industriestaaten. Aber was genau verbirgt sich eigentlich hinter dem Begriff Schattenwirtschaft?

Unter dem Begriff „Schattenwirtschaft“ werden alle ökonomischen Aktivitäten zusammengefasst, die nicht in offiziellen Wirtschaftsstatistiken aufgelistet, für die also keine Steuern und keine Abgaben an die Sozialversicherungen bezahlt werden. Manche dieser Wertschöpfungen sind legal, dem Finanzamt aber unbekannt, da die Dienste und Produkte unentgeltlich angeboten bzw. geleistet werden. Unter diese Art der Selbstversorgungswirtschaft fallen unter anderem die Nachbarschaftshilfe oder die Gartenarbeit im eigenen Garten. Ein anderer Teil der Wertschöpfungen wird bewusst verheimlicht, weil er illegal ist. Hierzu zählen vor allem die Schwarzarbeit, der Schmuggel und die Steuerhinterziehung in jeder Form. Dieser Bereich wird auch als Schattenwirtschaft im engeren Sinne bezeichnet.

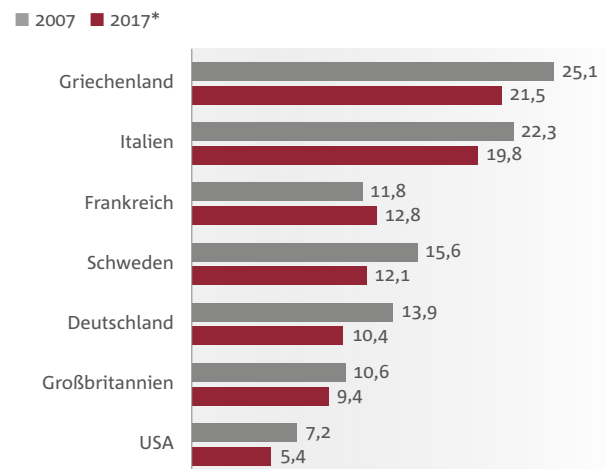
**Rückgang der Schattenwirtschaft**

Seit ein paar Jahren lässt sich jedoch ein Rückgang beim Umfang der Schattenwirtschaft in Deutschland erkennen. Wurden im Jahr 2009 noch 352 Milliarden Euro am Staat vorbei erwirt-

schaftet, lag der Betrag im Jahr 2016 bei deutlich höherem BIP um die 336 Milliarden Euro. Diese Entwicklung ist unter anderem auf die gute Lage am Arbeitsmarkt zurückzuführen, die sich in der Regel dämpfend auf die Bereitschaft auswirkt, Schwarzarbeit zu leisten. Folglich ist der Anteil der Schattenwirtschaft am höchsten in den geschwächten Ländern Südeuropas – vor allem in Griechenland und in Italien.

**Schattenwirtschaft in der OECD**

Niveau der Schattenwirtschaft in ausgewählten OECD-Ländern (im Verhältnis zum BIP in %)



\*Werte auf Basis von aktuellen Prognosen; Quellen: JKU, IAW.

# AUF 2,2%

ist in Deutschland die Inflationsrate im Februar gestiegen: Das ist der höchste Wert seit August 2012. Grund für die steigenden Verbraucherpreise ist die anhaltend gute Konjunktur mit

wachsender Beschäftigung, vor allem aber der stark gestiegene Ölpreis an den Weltbörsen, durch den sich Heizöl, Benzin und Diesel kräftig verteuert haben. Auch viele Lebensmittel sind in den vergangenen Wochen deutlich teurer geworden: vor allem Obst, Gemüse und Milchprodukte wie Butter.

**Lektüre-Tipp:**

## Johannes Becker/Clemens Fuest: Der Odysseus-Komplex. Ein pragmatischer Vorschlag zur Lösung der Eurokrise

Carl Hanser Verlag, München 2017, 285 Seiten, 24 Euro.

Die Ökonomen Clemens Fuest, Präsident des Ifo-Instituts München, und Johannes Becker von der Universität Münster haben einen diskussionswürdigen Vorschlag zur Lösung der Eurokrise vorgelegt. Warum „Odysseus-Komplex“? Odysseus ließ sich auf seiner Irrfahrt an den Mast seines Schiffs binden, um dem verlockenden Gesang der Sirenen zu widerstehen. Anders als der griechische Held schafften die Eurostaaten es aber nicht, sich an ihren „Mast“, also die Regeln der Währungsunion, zu

binden, schreiben die Autoren. Fuest und Becker zeichnen im Buch den Verlauf der Eurokrise ausführlich nach. Sie gewichten die Versäumnisse und leiten daraus ab, wie sich eine erneute Krise eindämmen ließe. Die beiden Autoren halten ein wirtschaftlich voll integriertes Europa für unrealistisch, setzen auf europäischer Ebene gleichwohl auf eine „institutionelle Integration“, d.h. auf ein technokratisches Verfahren, das die Staaten dazu zwingt, die Regeln der Eurozone auch einzuhalten.

## Finanzmärkte im Blick

### US-Wirtschaft weckt Hoffnung

Nachdem der amerikanische Aktienindex Dow Jones Anfang März erstmals über 21.000 Punkte gestiegen war, folgte der deutsche Aktienindex Dax und kam zwischenzeitlich mit über 12.000 Punkten immerhin auf den höchsten Stand seit April 2015. Die Aktienmärkte eilen also von Rekord zu Rekord – und das obwohl die Investoren an den Finanzmärkten eine baldige Zinserhöhung in den USA für immer wahrscheinlicher halten. Damit scheint die alte Logik, dass eine Straffung der Geldpolitik Gift für die Börse sei, auf den Kopf gestellt. Wieso das? Die Aussicht, dass die Fed schon im März den nächsten Zinsschritt wagt, werten die Anleger offenbar als Zeichen, dass die Fed an die neue Stärke der amerikanischen Volkswirtschaft glaubt. Eine Quelle des Optimismus sind dabei die jüngsten amerikanischen Konjunkturdaten: Indizes für die Industrie, den Einzelhandel und den Handel mit haltbaren Konsumgütern deuten auf eine Expansion der amerikanischen Volkswirtschaft. Auf der Basis der soliden Erholung lasse sich auch mit der Unsicherheit leben, ob und wann Präsident Trump

seine Agenda zur Stimulierung der Wirtschaft durchzusetzen vermag. Denn in der Tat: Ein guter Teil der gesamten Aktienrally in den letzten Monaten wurde von der Hoffnung auf Trumps Wirtschaftspolitik getrieben. Politische Risiken schienen demgegenüber keine Rolle zu spielen. In Deutschland ist bemerkenswert, dass die Rentenmärkte zum Teil Tiefstände bei den Renditen erreichen, während die Aktienmärkte Höchststände bei den Kursen erzielen. Dies könnte mit den Anleihekäufen der Bundesbank zusammenhängen: Seit Jahresanfang darf die Bundesbank Staatsanleihen auch dann kaufen, wenn ihre Renditen unter dem Einlagensatz von minus 0,4 Prozent liegen. Das habe ihr die Möglichkeit eröffnet, so Experten, auch kurzlaufende Staatsanleihen mit ihren sehr negativen Renditen zu erwerben. Die niedrigen Zinsen trieben die Anleger in risikoreichere Anlagen, z. B. in Aktien. Das gelte umso mehr, als Analysten zum ersten Mal seit zwei Jahren ihre Erwartungen für die Gewinne der Dax-Unternehmen nach oben revidierten.

»Ein guter Teil der Aktienrally wurde von der Hoffnung auf Trumps Wirtschaftspolitik getrieben.«

## Gold

### Bundesbank holt Goldreserven nach Frankfurt

Die Bundesbank holt immer mehr Goldbestände aus dem Ausland in die eigenen Tresore zurück. Inzwischen liegen mehr als 1.400 Tonnen der deutschen Goldreserve in Frankfurt.

Nach den Vereinigten Staaten von Amerika hat Deutschland die größten Goldreserven der Welt: Vor einem Jahr waren es 3.378 Tonnen (USA: 8.134 Tonnen). Ein beträchtlicher Teil der deutschen Reserven, etwas mehr als 1.400 Tonnen, lagert in der Zentrale der Deutschen Bundesbank in Frankfurt am Main. Mehr als 1.000 Tonnen hingegen werden in New York City, in der dort ansässigen Federal Reserve Bank, aufbewahrt. Die restlichen Bestände befinden sich in der Bank of England und der Banque de France. Bereits seit 2013 bemüht sich die Bundesbank darum, Teile ihrer Goldreserven aus dem Ausland zurück nach Deutschland zu holen. Ende 2020 soll die Hälfte der Reserven wieder in Frankfurt lagern. Die Standorte New York und London sollen beibehalten, die Lagerstätte in Frankreich aber komplett aufgelöst werden.

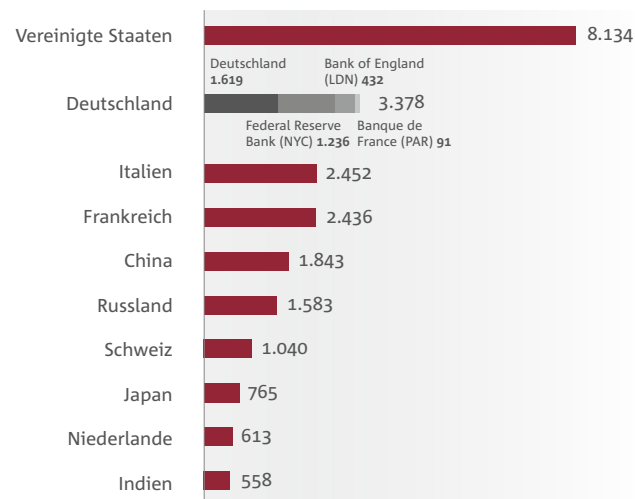
#### Russland und China bauen Goldreserven aus

Der deutsche Goldschatz wurde sukzessive ab 1951 aufgebaut: In den Wirtschaftswunderjahren begann Deutschland, zunehmende Leistungsbilanzüberschüsse und damit Devisen zu erwirtschaften. Schon seit Jahren befinden sich die Reserven – von

kleinen Schwankungen abgesehen – auf nahezu unverändert hohem Niveau. Zuletzt waren vor allem China und Russland dadurch aufgefallen, dass sie ihre Goldreserven massiv aufgestockt haben. Im Vergleich der Staaten mit den höchsten Goldreserven liegt China derzeit auf Platz fünf und Russland auf Platz sechs. Goldreserven haben eine wichtige Funktion – so dienen sie auch als Währungsreserven, wenn es in einer Wirtschaftskrise zu einer Staatspleite kommt.

#### Deutschlands Goldreserven im Vergleich

Länder mit den größten Goldreserven (in Tonnen) und Orte, an denen deutsche Reserven lagern



Quellen: IWF, World Gold Council.

## Im Fokus

### Welthandel

## Handelsabkommen in der Diskussion

**Weltweit sind die Zweifel an den Vorzügen freien Handels und regionaler Handelsabkommen gewachsen. Welche Abkommen stehen gegenwärtig besonders im Fokus?**

Nicht erst mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten sind Abschottungstendenzen wieder salonfähig geworden. Auch in Europa haben in den letzten Jahren Bewegungen und Parteien Auftrieb erfahren, die im freien Welthandel mehr Schaden als Nutzen sehen, mindestens aber den Sinn neuer Handelsabkommen in Zweifel ziehen. Durch den Amtsantritt des neuen US-Präsidenten haben Protektionismus-Befürworter noch einmal neuen Rückenwind bekommen. Wie kein Zweiter steht Donald Trump für den Ansatz, Außenhandel für den Verlust einheimischer Arbeitsplätze verantwortlich zu machen und den Welthandel als Nullsummenspiel zu betrachten, bei dem ein Land meist nur dann gewinnen kann, wenn ein anderes Land verliert. In der ökonomischen Wissenschaft wird gerade die letzte Position mehrheitlich abgelehnt. Auch die Geschichte speziell des letzten Jahrhunderts zeigt, dass der Abbau von Zöllen und Handelsbeschränkungen die Weltwirtschaft als Ganze erheblich voranbringt.

### Handelsabkommen ist nicht gleich Handelsabkommen

Regionalen Handelsabkommen pauschal eine Absolution zu erteilen, würde allerdings ausblenden, dass die einzelnen Abkommen unterschiedliche Inhalte regeln, unterschiedliche Auswirkungen haben können und in (geo-)politischer Hinsicht unterschiedlichen Beurteilungsmaßstäben unterworfen werden sollten. Daher lohnt ein genauerer Blick auf jene bestehenden wie geplanten oder auch schon vor dem Aus stehenden Abkommen, über die in jüngster Zeit besonders kontrovers diskutiert worden ist.

### TTIP – Verhandlungen unterbrochen

Kein zweites Handelsabkommen hat in den letzten Jahren in Europa und speziell in Deutschland so sehr die Schlagzeilen bestimmt wie das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP. Hinter der Transatlantic Trade and Investment Partnership verbirgt sich ein geplantes Freihandels- und Investitionsschutzabkommen, das den Handel zwischen der EU und den USA vereinfachen und dadurch noch einmal intensivieren soll. Dabei steht nicht so sehr im Mittelpunkt, die Zölle weiter zu senken, die sich ohnehin schon auf einem niedrigen Niveau befinden; bei TTIP geht es vielmehr darum, durch das gegenseitige Anerkennen von Produktstandards dafür zu sorgen, dass Exporteure keine aufwendigen Genehmigungsverfahren bemühen müssen, um ihr Produkt auf dem jeweils anderen Kontinent zu verkaufen.

Doch TTIP will auch die Investitionsbedingungen für Unternehmen verbessern und hat gerade an dieser Stelle erhebliche Kritik auf sich gezogen. Denn die geplanten außerstaatlichen Schiedsgerichte, die Investoren einen Schutz bieten sollen, wenn sie sich durch staatliches Handeln bzw. durch politische Entscheidungen benachteiligt fühlen, werden von vielen Kritikern als mit rechtsstaatlichen Standards unvereinbar angesehen und vehement abgelehnt.

Auch die Sorgen, hohe europäische Gesundheits- und Umweltstandards könnten durch TTIP aufgeweicht werden, sowie der allgemeine Eindruck, der Verhandlungsprozess würde im Verborgenen stattfinden, haben zu den teilweise massiven Protesten gegen das Abkommen beigetragen. Die Kritik wurde in Teilen aufgegriffen, in Teilen zu entkräften versucht, währenddessen der Verhandlungsprozess komplizierter wurde und ein erfolgreicher Abschluss in immer weitere Ferne rückte. Mit dem Präsidentenwechsel in den USA werden die Chancen, die inzwischen unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen, als äußerst gering eingestuft. Befürworter von TTIP bedauern dies. Sie verweisen auf den entgangenen Wohlstandszugewinn und darauf, dass ein Handelsabkommen zwischen den beiden größten Wirtschaftsräumen der Welt Vorbildcharakter für andere Abkommen gehabt und den transatlantischen Zusammenhalt gestärkt hätte.

### CETA – Abkommen geglückt

Was mit TTIP bislang nicht gelungen ist, hat bei CETA geklappt: Ende letzten Jahres haben die EU und Kanada das Comprehensive Economic and Trade Agreement unterzeichnet; der Ratifikationsprozess in den EU-Staaten steht noch aus. Nach der Zustimmung durch das Europäische Parlament kann das Abkommen aber zumindest vorläufig in Kraft treten. Ähnlich wie bei TTIP geht es bei CETA nicht vorrangig um den Abbau von Zöllen. Im Fokus stehen Dienstleistungen, öffentliche Aufträge und der Abbau nichttarifärer Hürden, also Regeln, Standards oder Zulassungsverfahren. Um nichttarifäre Hürden abzubauen, wollen beide Seiten in der Regulierung und Normierung eng zusammenarbeiten und Standards des Handelspartners anerkennen. Statt nicht-staatlicher Schiedsgerichte, die ursprünglich vorgesehen waren, soll nun – auch hier nach massiver Kritik – ein unabhängiger Gerichtshof für Investorenklagen geschaffen werden.

### TPP – nicht mit Donald Trump

Aus US-amerikanischer Sicht wäre die Transpacific Partnership TPP ein Äquivalent zum TTIP-Abkommen gewesen, doch eine der ersten Amtshandlungen Donald Trumps bestand darin, das von den USA unterzeichnete Abkommen wieder aufzukündigen. Die zwölf Unterzeichnerstaaten – neben den USA sind

## Im Fokus

Foto: monikaw1999 / pixabay.com



dies Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam – stehen für über 25 Prozent des Welthandels. TPP würde nicht nur einen nahezu zollfreien Warenhandel und weitreichende Marktöffnungen bei Landwirtschaft und Dienstleistungen ermöglichen, sondern auch verbindliche Mindeststandards für Handel und Investitionen sowie gemeinsame Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherstandards setzen.

TPP hatte auch die Funktion, ein handels- und wirtschaftspolitisches Fundament für Amerikas sicherheitspolitische Verankerung in Asien zu schaffen. Gerade Länder in Chinas Nachbarschaft wie zum Beispiel Vietnam betrachteten die engere Anbindung an die USA als Rückversicherung gegen die regionalen Hegemonialansprüche der Volksrepublik. Auch Japan hatte und hat ein großes Interesse an einem handelspolitischen Abkommen mit den USA. Durch das Ausscheiden der Vereinigten Staaten kann TPP nun faktisch nicht mehr in Kraft treten. Das Interesse der übrigen Staaten an einem Handelsabkommen bleibt gleichwohl bestehen, notfalls dann ohne die USA.

### RCEP – Ersatz für TPP?

Da TPP vor dem Aus steht, könnte künftig die Abkürzung „RCEP“ in aller Munde sein, die für „Regional Comprehensive Economic Partnership“ steht. Mit RCEP wollen insgesamt 16 Staaten aus dem asiatischen Raum eine Freihandelszone begründen; die Verhandlungen sollen noch 2017 abgeschlossen werden. Dabei handelt es sich zum einen um die 10 Mitgliedstaaten des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN), also um Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam; zum anderen um Australien, China, Indien, Japan, Korea (Süd) und Neuseeland. RCEP würde damit mehr als 3 Milliarden Menschen umfassen;

zusammenaddiert stehen die Staaten für etwa 40 Prozent des Welthandels.

RCEP soll Vereinbarungen zum Zollabbau, zum geistigen Eigentum, zur Streitschlichtung, zur wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit sowie zum freien Wettbewerb enthalten. Im Unterschied zu TPP allerdings wird RCEP keine Mindeststandards für Arbeits-, Umwelt- und Menschenrechte beinhalten. Mit anderen Worten: Der Regelungsumfang von TPP ist deutlich höher als der von RCEP, die eher auf eine konventionelle Freihandelszone hinausläuft.

### NAFTA – Erfolg oder Misserfolg?

TPP hat Donald Trump mit der Begründung eine Absage erteilt, US-amerikanische Arbeitsplätze würden verloren gehen. Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA (North American Free Trade Agreement) wiederum stellt er infrage, weil es bereits zahlreiche amerikanische Jobs gekostet habe. Liegt Trump damit richtig?

Das Handelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko ist bereits 1994 in Kraft getreten. Seit Vertragsunterzeichnung hat sich der Handel innerhalb der NAFTA auf über eine Billion Dollar (731 Milliarden Euro) jährlich verdreifacht. Die USA exportieren mehr Güter nach Mexiko als nach China, Brasilien, Indien und Russland zusammen. Eine Studie aus dem Peterson Institute for International Economics (PIIE) kommt gleichwohl zu dem Ergebnis, dass NAFTA zwar keine Jobs zerstört, allerdings auch längst nicht so viele geschaffen habe wie erhofft. Einer Studie des eher linken Economic Policy Institute zufolge gingen durch NAFTA sogar bis zu 700.000 Jobs verloren oder wurden zumindest nicht geschaffen. Auch in Mexiko räumen Befürworter des Abkommens ein, dass der erhoffte Wachstumsschub ausgeblieben ist. Nach Meinung des PIIE ist Mexiko allerdings nicht wegen, sondern trotz NAFTA so langsam gewachsen. Fazit: Die Experten sind sich nicht einig. Es spricht aber einiges dafür, dass NAFTA mehr Nutzen gestiftet als Schaden angerichtet hat.

### Keine guten Aussichten

Wo es schon Zweifel an regionalen Handelsabkommen gibt, sind die Möglichkeiten, sich im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO auf weltweit geltende Handelserleichterungen zu einigen, noch sehr viel geringer. Ziel der WTO war es immer, unterschiedliche Interessen der Staaten auszugleichen und vor allem für ein faires Verfahren zu sorgen. Wenn aber einzelne größere Länder künftig das Ziel verfolgen sollten, aus dem Handel nur den maximalen Nutzen für sich selber herauszuholen, und wenn der wohlfördernde Mechanismus des internationalen Handels ohnehin zunehmend infrage gestellt wird, dann sind die Aussichten für den Welthandel nicht die besten.



## Märkte

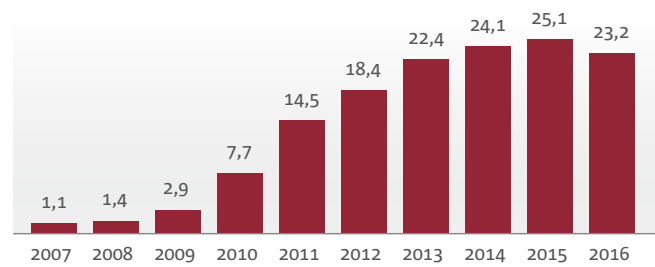
## Absatz von Smartphones erstmals rückläufig

Der Absatz von Smartphones ist in Deutschland zum ersten Mal rückläufig: Im Jahr 2016 wurden landesweit knapp über 23 Millionen Stück verkauft, nachdem es 2015 noch über 25 Millionen waren. Auch beim weltweiten Absatz zeigt sich eine gewisse Sättigung des Marktes: Hier stagnierte die Zahl der verkauften Geräte bei 334,9 Millionen Stück – ein dünnes Plus von gerade einmal 0,2 Prozent gegenüber 2015. Laut einer aktuellen Studie des Marktforschungsinstituts IDC bleibt das koreanische Unternehmen Samsung der Weltmarktführer bei verkauften Smartphones, gefolgt von Apple und Huawei, wobei Apple 2016 einen Absatzrückgang von 16 Prozent verzeichnen musste. Die größte Veränderung am Markt ist der rasante Aufstieg

weniger bekannter chinesischer Unternehmen wie OPPO und Vivo, die im vergangenen Jahr immer näher an die oben genannten Top 3 anknüpfen konnten.

### Der Smartphone-Markt ist gesättigt

Absatz von Smartphones in Deutschland (in Mio. Stück)



Quelle: CEMIX.

## Geldanlage

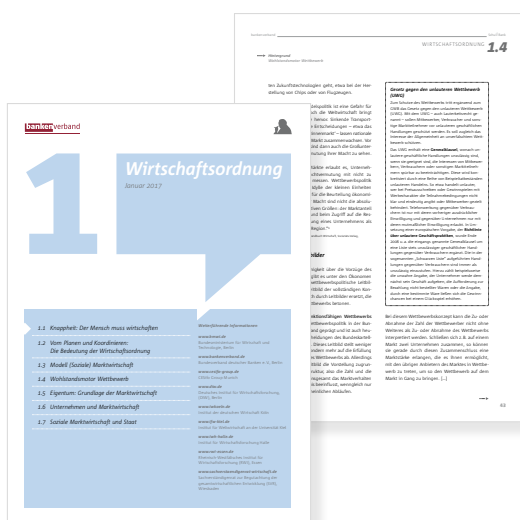
## Die Depots der Deutschen

Über 900 Milliarden Euro haben die Deutschen in Wertpapieren angelegt – das ist eine Steigerung von rund 20 Prozent gegenüber 2012. Am beliebtesten sind offensichtlich Investmentfonds. So haben die privaten Haushalte in Deutschland

inzwischen deutlich mehr als die Hälfte ihres Wertpapiervermögens in Fondsanteilen angelegt. Auf Aktien entfallen 30 Prozent, auf Schuldverschreibungen wie Anleihen, Pfandbriefe und Zertifikate nur 14 Prozent. Allerdings: Im Vergleich zu den rund zwei Billionen Euro, die die Deutschen traditionell auf Konten horten, ist die Anlage in Wertpapieren immer noch relativ niedrig.



bei [www.schulbank.de](http://www.schulbank.de): Wirtschaftsordnung



## Lehrermappe Wirtschaft: Kapitel 1 aktualisiert!

Kennen Sie die „Lehrermappe Wirtschaft“? In neun Kapiteln führt diese in unterschiedliche Themenfelder ein, die in der Sekundarstufe 2 im Fach Wirtschaft unterrichtet werden. Die Kapitel werden in regelmäßigen Abständen überarbeitet, sodass Sie Ihren Unterricht mit neuesten Zahlen und Daten bestreiten können. Jetzt aktualisiert: Das Kapitel 1 zum Thema „Wirtschaftsordnung“ – mit aktuellen Informationen und Grafiken etwa zu den Themen Prinzipien der Marktwirtschaft, Rolle von Unternehmen und Staat, Bedeutung des Wettbewerbs. Unter [www.schulbank.de](http://www.schulbank.de) können Sie sich registrieren und kostenlos in die Arbeitsblätter und Hintergrundinfos eintauchen.



Impressum | Herausgeber: Bundesverband deutscher Banken e.V., Postfach 04 03 07, 10062 Berlin | Verantwortlich: Iris Bethge  
Redaktion: Dr. Henrik Meyer, Annette Matthies-Zeiß (Assistenz), Telefon +49 30 1663-1293, [schulbank@bdb.de](mailto:schulbank@bdb.de), [schulbank.de](http://schulbank.de)  
Druck: Druckstudio GmbH, Professor-Oehler-Straße 10-11, 40589 Düsseldorf | Gestaltung: KD1 Designagentur, Köln